

## 7) Klimaschutz ganzheitlich betrachten

				
<p>Die CDU Hessen hat sich dafür eingesetzt, dass Klimafolgenabschätzung und Klimaforschung in Hessen vorangebracht werden. Im Rahmen des in der vergangenen Legislaturperiode von der Landesregierung beschlossenen „Integrierten Klimaschutzplans Hessen 2025“ mit 140 konkreten Maßnahmen wurden eine umfassende wissenschaftliche Analyse der Auswirkungen des Klimawandels auf Hessen erarbeitet und Anpassungsstrategien beschlossen.</p> <p>Im Zentrum stehen dabei neben Maßnahmen zur Anpassung von Infrastruktureinrichtungen auch eine Vielzahl von Bildungsmaßnahmen und zielgruppenspezifischen Informationsangeboten. Mit der neu gegründeten Landesenergieagentur wurden Beratung, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Klimaschutz gebündelt und personell gestärkt. Die Transferstelle Klimawandelanpassung wird zudem sehr</p>	<p>Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass der Erhalt der Lebensgrundlagen und die Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C als vorrangige Ziele der Bundesregierung und der EU behandelt werden und dass Deutschland im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens eine Vorreiterrolle einnimmt. In Hessen werden wir statt unverbindlicher Klimaschutzpläne, wie sie Schwarz-Grün vorgelegt hat, ein verbindliches Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen.</p> <p>Hessen soll zum Vorreiter der Energiewende werden. Unser Ziel ist es, dass der Bedarf an Strom und Wärme bis 2050 zu 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine SPD-geführte Landesregierung gemeinsame Strategien für Strom, Wärme und Verkehr entwickeln. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen, Hürden in der Planung beseiti-</p>	<p>Zunächst ist festzustellen, dass in Deutschland trotz milliardenschwerer Subventionen für erneuerbare Energien die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht sinken. Das Oberziel der Energiepolitik wird verfehlt, wie zahlreiche wissenschaftliche Institutionen feststellen. Ein Grund ist, dass das EEG falsche Anreize setzt. So haben wir an immer mehr Tagen zu viel EE-Strom im Netz (der kostenintensiv entsorgt werden muss) und an anderen Tagen wird die Leistung fast ausschließlich von konventionellen Kraftwerken erbracht. Insbesondere der Ausbau der Windkraft, der in Hessen zu über 80 Prozent auf Waldflächen stattfinden soll, steht im Gegensatz zum Landschafts- und Naturschutz. Gerade in ländlichen Regionen nimmt der Widerstand gegen diese verfehlt Energiepolitik zu, wie zehntausende Einwendungen gegen die Ausweisung von Windvorrangflächen zeigen. Wenn Wälder zu Industriegebieten für</p>	<p>Wir GRÜNE in Hessen haben ein ehrgeiziges Ziel: wir wollen klimaneutrales Bundesland werden. Weil Klimaschutzpolitik nur dann erfolgreich ist, wenn sie ein Konzept für alle klimarelevanten Bereiche verfolgt, heißt ganzheitlicher Klimaschutz für uns in Hessen, neben Strom und Wärme auch Verkehr, Landwirtschaft, Bodenschutz, Städteplanung, Abfall und Abwasser in den Blick zu nehmen.</p> <p>Dafür wurden im "Integrierten Klimaschutzplan Hessen" 140 konkrete Maßnahmen, sowohl für die Eindämmung des Klimawandels als auch für die Klimaanpassung in unseren Städten und ländlichen Gebieten erarbeitet. Mit 140 Millionen Euro für die 42 prioritären Maßnahmen ist die Umsetzung bereits voll im Gange. Diese wollen wir auch in den nächsten Jahren weiter vorantreiben.</p> <p>Bei der Frage der Genehmigung von Windkraftanlagen durch</p>	<p>Um die Klimakatastrophe noch abzumildern sind sofortige Maßnahmen erforderlich. Die Energiewende darf nicht ausgebremst werden, sondern muss noch beschleunigt werden. Die Stromerzeugung soll dezentralisiert und in öffentlicher Hand geschehen, beispielsweise durch kommunale Windparks. So bleiben die Profite vor Ort.</p> <p>Die Mobilität muss grundsätzlich neu gedacht werden. Nach wie vor beherrschen die Vermächtnisse der "Autogerechten Stadt" das Denken - und der Hype um das vermeintliche Allheilmittel Elektro-Auto bremst das notwendige Umdenken. Im Ballungsraum müssen die Verkehrsträger des Umweltverbundes aus ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr klaren Vorrang vor dem Kfz-Verkehr haben und für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv gemacht werden. Auch die Fahrpreise sollten dafür perspektivisch auf Null gesenkt werden.</p>

<p>zeitnah Aufgaben der Beratung, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit für Kommunen wahrnehmen und kommunale sowie regionale Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützen und zusammenführen.</p> <p>Wir legen größten Wert darauf, dass die bereitgestellten Informationen breit zugänglich, wissenschaftlich fundiert und neutral sind, damit den Bürgern verlässliche Informationen über den Klimawandel und seine Auswirkungen zur Verfügung stehen, die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen sein können. Ergänzend wollen wir vor allem Wirtschaftsunternehmen dabei unterstützen, die Land- und Forstwirtschaft und private Hausbesitzer durch Information und Beratung und durch den Dialog mit der Versicherungswirtschaft für Elementarschäden durch Extremwetterereignisse besser finanziell abzusichern.</p> <p>Wir begrüßen, dass sich CDU/CSU und SPD auf Bundesebene darauf verständigt haben, die Vorschriften der EnEV, des EnergieeinsparG und des EEWärmeG in einem modernen Gebäudeenergiegesetz zusammenzuführen zu wollen und damit den Anforderungen der EU zum 1. Januar 2019 für öffentliche Ge-</p>	<p>gen und neue Flächen ermöglichen. Wir werden den dezentralen Ausbau fördern, Kommunen, Stadtwerke und Bürgergenossenschaften hier unterstützen. Die Akzeptanz wird steigen, wenn die Energiewende demokratisiert wird und die örtlich Betroffenen an Entscheidungen und Gewinnen beteiligt werden. Uns geht es bei der Energiewende immer auch um die Schaffung von Wertschöpfung, die in den Regionen verbleibt. Gleichzeitig wollen wir durch zügige Fortschritte in der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen erhöhen. Schon jetzt ist Strom aus erneuerbaren Energien günstiger als Atomstrom.</p> <p>Wir wollen der Energiewende in Hessen neuen Schub verleihen und einen integrierten Ansatz, Sektorenkopplung und Konvergenz der Energiemärkte in den Mittelpunkt stellen. Die drei Bereiche der erneuerbaren Energien dürfen nicht mehr getrennt betrachtet, sondern müssen integriert weiterentwickelt werden. Mit dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) – welches mit Landes- und Bundesmitteln gerade einen Neubau in Kassel erhält – und weiteren</p>	<p>Windkraft werden, schwächt das die regionale Entwicklung und macht Wohnen und Tourismus auf dem Land unattraktiver. Ein Umdenken in der Energiepolitik ist deshalb dringend geboten.</p> <p>Wir setzen auf eine abgestimmte europäische Klimaschutzstrategie. Wir wollen keine Verbote von einzelnen Technologien oder Vorschriften. Wir wollen den Bürgern nicht vorschreiben was sie essen sollen oder wie sie sich fortbewegen dürfen. Wir wollen stattdessen den Handel mit Emissionszertifikaten stärken. Dadurch werden Klimaschutzinvestitionen in die Sektoren und Prozesse gelenkt, in denen die größten Energie- und Emissionseinsparungen erreichbar sind. Statt subventionsbasierter Geschäftsmodelle entstehen so sich wirtschaftlich selbst tragende technologieorientierte Modelle. Statt komplexer bürokratischer Vorschriften (wer versteht heute noch das EGG?), schaffen wir Freiraum für Innovationen und Kreativität, um Klimaschutz "smart" zu betreiben: wirksam, transparent und einfach.</p> <p>Grünflächen und Freiräume sind für uns ein wichtiger Bestandteil urbaner Strukturen und machen</p>	<p>Landesbehörden treten wir dafür ein, Naturschutz stärker integriert zu betrachten. Oft wird verkannt, dass die Hauptgefahr für bedrohte Vögel und andere Arten nicht die Windräder, sondern Verkehr und Landwirtschaft sind. Diese Zusammenhänge müssen stärker in den Blick genommen werden, um angemessene Lösungen für den Artenschutz zu finden. Wir wollen Pilotprojekte initiieren, bei denen Gefährdungsquellen und Schutzmöglichkeiten integriert betrachtet werden. Wir werden Naturschutz und Energiewende aber nicht gegeneinander ausspielen: Mit uns wird es weiterhin keinen Zubau von Windkraft geben, wenn geschützte Bestände gefährdet werden. Auf Bundesebene kämpfen wir für den verbindlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung, um die Energiewende zum Erfolg zu führen und die Klimaschutzziele zu erreichen und für eine bessere Steuerung durch den Preis von klimaschädlichem CO<sub>2</sub>.</p> <p>Wir wollen eine ökologische Quartiersentwicklung etablieren, um einen Mehrwert für die Biodiversität und den Klimaschutz durch sinnvollen, ökologischen Städtebau zu errei-</p>	<p>Auf dem Land muss vielerorts überhaupt erst ein nennenswertes ÖPNV-Angebot geschaffen werden, damit Haushalte nicht mehr so viele PKW wie erwachsene Familienmitglieder benötigen, wie das heute die Regel ist.</p>
---	---	--	--	--

<p>bäude und zum 1. Januar 2021 für alle Gebäude zu entsprechen. Dabei gelten die aktuellen energetischen Anforderungen für Bestand und Neubau fort. Hierdurch soll insbesondere ein weiterer Kostenauftrieb für die Mietpreise vermieden werden. Zudem wird ein Quartiersansatz eingeführt.</p>	<p>Einrichtungen haben wir in Hessen die richtigen Einrichtungen, um einer dezentralen und erneuerbaren Energieerzeugung neuen Schwung zu verleihen.</p> <p>Beim Neubau von Wohnungen wollen wir für einen kostensenkenden Einsatz von erneuerbaren Energien und für die Verknüpfung von Strom- und Wärmebereich sorgen. Zur Erreichung nachhaltiger und emissionsfreier Energieversorgung in Hessen ist die Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Säule. Wir werden uns für die Steigerung der Energieeffizienz in hessischen Unternehmen, öffentlichen Gebäuden und privaten Haushalten einsetzen. Dabei wollen wir es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich an der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude finanziell zu beteiligen. Dies hilft insbesondere den Kommunen bei der Finanzierung der energetischen Sanierung, steigert die Aufenthaltsqualität, macht unsere Gebäude klimafreundlicher und ermöglicht eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den finanziellen Vorteilen der Energiewende.</p> <p>Auch im öffentlichen Personenverkehr und im Lastverkehr</p>	<p>die Attraktivität von Wohnquartieren wesentlich mit aus. Auch dabei muss es eine qualitative Betrachtung geben. "Grün" ist nicht "grün". Ein hohes Maß an Biodiversität ist ein hohes Gut, das auch bei der Gestaltung von Grünflächen in urbanen Gebieten einen hohen Stellwert haben sollte.</p>	<p>chen. Dies soll dazu beitragen, ein gutes Kleinklima zu erzeugen und die Klimafolgen in den Städten zu begrenzen. Dafür sollen die Förderprogramme des Landes für den sozialen Wohnungsbau und die bisherigen Programme der Städtebauförderung (insbesondere "Zukunft Stadtgrün", "Städtebaulicher Denkmalschutz", "Aktive Kernbereiche" und "Stadtumbau") stärker in einem integrativen Ansatz miteinander verzahnt werden, um gleichermaßen bei bestehenden Wohnquartieren wie auch bei Neubauten alle Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung der Kommunen berücksichtigen zu können.</p> <p>Durch dieses neue Angebot sollen ökologisch sinnvolle, ressourcenschonende und sozial ausgewogene Quartiere entstehen. Sicher kann nicht jede Versiegelung durch die gleiche Fläche Grün ausgeglichen werden. Es ist aber möglich, mit einem integrierten Ansatz die ökologische Qualität durch Grünwände, Baumpflanzungen, Biotope und Gründächer deutlich zu verbessern. Ein gutes Beispiel gibt es bereits in Marburg: dort können Hauseigentümer über ein Gründachkataster kostenlos und ohne großen Aufwand prü-</p>	
--	--	---	---	--

	<p>kommen zunehmend erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten zur Anwendung. Es gibt inzwischen Züge, die mit Wasserstoff betrieben werden, und Lastwagen, die Teilstrecken mit Strom fahren können. Den Einsatz solcher innovativen Techniken in Hessen wollen wir fördern.</p>		<p>fen, wie hoch die Eignung ihres Gebäudes für ein Gründach ist.</p>	
--	---	--	---	--